

# Alternativer STADTKURIER

Informationen für Bitterfeld, Wolfen, Rödgen, Holzweißig,  
Thalheim, Greppin, Reuden an der Fuhne und Bobbau

Ausgabe 1 • Juni 2023 • Kostenlos an die Haushalte in Bitterfeld-Wolfen

Seite 1

## ■ **Unser gemeinsamer Erfolg: Woliday wieder geöffnet!**

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bitterfeld-Wolfen, am 18. März war es soweit: Das beliebte Wolfener Spaßbad Woliday, das infolge von Sparmaßnahmen im August 2022 für alle Bürger unerwartet und ohne Beteiligung

des Stadtrats geschlossen wurde, hat wieder geöffnet! Das ist unser gemeinsamer Erfolg, denn dass der Stadtrat in Bitterfeld-Wolfen auf Initiative des Wolfener Ortsbürgermeisters André Krillwitz mit großer Unterstützung der AfD-Fraktion im Stadtrat eine

solide Mehrheit für die Wiedereröffnung hatte, liegt nicht zuletzt an der beeindruckenden Präsenz der Bürger aus der gesamten Region vor dem Rathaus im letzten Sommer. Lesen Sie dazu unseren ausführlichen Artikel auf Seite 3.

**Eindrucksvoll: Über 2.000 Leute am 31. August 2022 vor dem Rathaus!**



### **OB-WAHL IM HERBST:**

Interview mit dem AfD-Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl Henning Dornack auf Seite 5



### **KINDER IN BITTERFELD- WOLFEN:**

Wann öffnet die Geburtsstation der Frauenklinik?  
Unsere Forderungen Seite 7



### **THEMA BQP:**

Wir klären auf, wer die Goitsche verschachert hat und warum das geschah.

Ausführlicher Artikel auf Seite 8

## Inhalt – Lesen Sie in dieser Ausgabe:

<b>Vorwort</b> .....	2
<b>Grußwort Henning Dornack (Vorsitzender AfD-Fraktion)</b> ....	2
<b>Titelthema: Woliday wieder geöffnet!</b> .....	3
<b>Demostadt Bitterfeld- Wolfen: Das ist Demokratie!</b> ....	4
<b>„Demokratie leben?“ – Ein Landkreis kämpft gegen seine Bürger</b> .....	4
<b>Wir sind bereit! AfD vor der Bürgermeisterwahl</b> .....	5
<b>Henning Dornack, Ihr OB-Kandidat im Interview: Eine Perspektive für Bitterfeld-Wolfen</b> .....	5
<b>Bitterfelder Frauenklinik: Wann öffnet die Geburten- station?</b> .....	7
<b>Hilfe für die Feuerwehr und ein Benefizkonzert für Tiere in Not</b> .....	7
<b>Politische Propaganda im Kindergarten? – So nicht, CDU!</b> .....	7
<b>BQP – Aufarbeitung eines politischen Skandals</b> .....	8
<b>Rubrik „Informationen aus Land und Bund“</b> .....	10
<b>Ihre AfD-Fraktion im Stadtrat: Mandatsträger, Ressorts und Kontaktmöglichkeiten</b> .....	11
<b>Preisrätsel</b> .....	12
<b>Impressum und Kontakt</b> .....	12

## ■ Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leser in Bitterfeld-Wolfen,

im Frühjahr 2019 haben Sie der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Kommunalwahl in Bitterfeld-Wolfen mit 20,27% ein starkes Mandat gegeben. Damit konnten wir mit acht Stadträten eine noch größere Fraktion bilden als in der Legislatur davor und erhielten dadurch ein erhebliches Maß an Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Belangen der Stadt. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank dafür!

Inzwischen ist einige Zeit vergangen und wir haben drei Jahre mit Einschränkungen hinter uns, die wir uns alle niemals hätten vorstellen können. Darüber hinaus ist viel passiert, was Sie als Bürger von Bitterfeld-Wolfen ebenfalls direkt angeht, so nur leider in der Presse nicht zu finden ist. Wir, die Stadtratsfraktion der AfD und der hiesige Stadtverband der AfD haben deshalb entschieden, Sie ganz direkt zu informieren, und so halten Sie heute die erste Ausgabe unseres „Alternativen Stadtkuriers“ in Ihren Händen.

Hier werden wir Sie künftig in lockerer Folge darüber informieren, was in der Stadtpolitik geschieht und wie die AfD-Fraktion die Zukunft unserer Stadt gestaltet.

Denn eines ist gewiss: Der etablierte Politikbetrieb wird ordentlich aufgemischt durch unsere Anwesenheit: durch Anträge, Anfragen, Arbeitsgruppen, unsere Recherchen und die kritische Teilnahme an Ausschusssitzungen. Aber auch durch die Organisation von Protestkundgebungen und Spaziergängen, die im Fall unseres Spaßbades Woliday oder der Frauenklinik Bitterfeld gezielt erreicht haben, was wir erreichen wollten: die Wiedereröffnung. Das ist der gemeinsame Erfolg von Bürgern und Opposition, dem wir uns auch für die Zukunft verschrieben haben.

Und nun wünsche ich Ihnen viel Freude und Erkenntnisgewinn beim Lesen unseres „Alternativen Stadtkuriers“!

Ihr Daniel Roi MdL



## ■ Grußwort des Fraktions- und Stadtverbandvorsitzenden

Liebe Leser!

Ich freue mich, Ihnen mit dieser ersten Ausgabe des „Alternativen Stadtkuriers“ ein Informationsmedium zu überreichen, das es in sich hat: Ungeschönte Infos aus dem Stadtrat, dem Kreistag sowie Land- und Bundestag dank der Wahl unserer Kandidaten in alle diese Parlamente.

Ohne Sie – die Wähler und Unterstützer der AfD – sind wir nichts. Dank Ihrer Unterstützung ist es aber möglich, die politischen Aktivitäten auf allen Ebenen kritisch zu begleiten und in vielen Fällen sogar zu bestimmen. Als Vorsitzender des Stadtverbandes von Bitterfeld-Wolfen organisiere ich die politische Arbeit unserer über 40 Mitglieder und trage Sorge dafür, dass alle

Informationen zwischen den Beteiligten ungehindert fließen und sich gegenseitig ergänzen. Was dabei herauskommt, lesen Sie hier.

Natürlich brauchen wir nicht nur Ihre Unterstützung durch Ihre Stimme bei den Wahlen, sondern freuen uns auch, wenn Sie sich selbst für die politische Arbeit interessieren, denn im heutigen Deutschland ist eine Alternative so nötig wie noch nie. Daher: Werden Sie Mitglied in der Alternative für Deutschland!

Ihr Henning Dornack  
Vorsitzender der  
Stadtratsfraktion und  
des Stadtverbandes



## ■ Titelthema: Woliday wieder geöffnet!

Das Wolfener Spaßbad Woliday hat wieder geöffnet. Geschlossen wurde es von den Geschäftsführern der städtischen Bäder- und Servicegesellschaft und der Stadtwerke mit Einverständnis des Oberbürgermeisters, aber zunächst ohne Beteiligung des Stadtrates oder der Aufsichtsräte, später jedoch mit Zustimmung der Mehrheit der Ratsmitglieder auf einer Sondersitzung Ende August 2022. Die Schließung galt als unausweichlich und als Energiesparmaßnahme aufgrund der extrem erhöhten Energiepreise. Und das obwohl die Entwicklung der Energie-, Lebensmittel- und Spritpreise im vergangenen Sommer immer mehr Bürger auf die Straße getrieben haben, die genau wissen, dass diese Entwicklungen nicht das Ergebnis einer unabwendbaren Naturkatastrophe sind, sondern einzig und allein das Ergebnis schlechter Politik.

16 lange Jahre grüne Politik unter Angela Merkel brachten ineffektive und naturzerstörende Windräder, den Ausstieg aus der günstigen und sicheren Atomenergie und das Abschalten fast aller modernen Kohlekraftwerke in Deutschland. Auch deshalb stiegen die Gaspreise schon im Jahr 2021, da Gas – damals noch günstig aus Russland importiert – massiv zur Erzeugung von Strom eingesetzt wurde. Der Energieversorger des Landkreises Otima AG meldete bereits im Oktober 2021 Insolvenz an. Auf die ohnehin schon stark gestiegenen Preise musste aber auch noch



Kay-Uwe Ziegler MdB (Mitte) demonstriert mit anderen Demo-Teilnehmern vor den Stadtwerken gegen die Energiekrise, die die Bürger auch mit der Schließung des Woliday ausbaden sollen.

die Inflation infolge der Politik der EZB gerechnet werden und natürlich die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die den Bezug von Gas enorm verteuert haben.

Abdrehen und dichtmachen – das ist die Antwort der etablierten Politik und ihrer Gesellschaften auf die Energie-Mangellage, die alle Bereiche betrifft. So entschied Oberbürgermeister Schenk quasi zeitgleich, dass den Schulen und Vereinen in Bitterfeld-Wolfen das warme Wasser abgestellt wird, anstatt sich landes- und bundesweit gegen die Russlandsanktionen einzusetzen.

Aber er hatte nicht mit dem Widerstandsgest der Bitterfeld-Wolfener gerechnet. Denn am 31. August 2022 lieferten Bürger aus der Stadt und aus dem Umland ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie

der Druck von der Straße Einfluss auf die Politik nehmen kann: Zur Demo vor dem Rathaus kamen über 2.000 Menschen an diesem Tag, um zwei unserer Forderungen zu unterstützen:

Auf dieser Stadtratssitzung erhielt sowohl die Resolution, mit der der Stadtrat den Oberbürgermeister aufforderte, sich landes- und bundesweit gegen die Russlandsanktionen auszusprechen, um die Energiekosten wieder zu normalisieren, als auch die Missbilligung des Alleingangs des Oberbürgermeisters, den Schulen und Vereinen das warme Wasser abzustellen, fraktionsübergreifend jeweils eine Mehrheit!

Damit war mit Ihrer Hilfe in Bitterfeld-Wolfen erstmals in Sachsen-Anhalt der Dammbreach geschafft, dass sich die etablierten Parteien endlich den vernünftigen Forderungen der AfD anschließen.

Zu einer Veränderung der Mehrheiten in Sachen Woliday kam es dann bei der Sitzung des Stadtrates am 30. November. Hier stimmte der Stadtrat mit Mehrheit für die Wiedereröffnung des Freizeitbades ab Januar. Die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen, wie das langsame Aufheizen des Wassers und die Hygieneuntersuchungen, dauerten ihre Zeit, aber seit 18. März kann wieder gebadet werden.

Wir freuen uns, dass mit der Wiedereröffnung des Bades erneut Schwimmkurse für Kinder sowie auch Babyschwimmen und Reha-Sport angeboten werden, und wir danken allen Bürgern, die das möglich gemacht haben!



Hartnäckiger Protest zahlt sich aus: Daniel Roi spricht auf einer Demo zum Erhalt des beliebten Spaßbades Woliday im Stadtteil Wolfen.

## ■ Demostadt Bitterfeld-Wolfen: Das ist Demokratie!

Insgesamt etwa 40 Demonstrationen mit deutlicher Kritik an der Regierungspolitik gab es seit dem 29. November 2021 in Bitterfeld-Wolfen. Die Themen, die die Leute zu hunderten und tausenden in friedlichen Spaziergängen und Kundgebungen auf die Straße getrieben haben, waren die drohende Corona-Impfpflicht, die explodierenden Energiepreise und natürlich die völlig widersinnige Beteiligung Deutschlands am Krieg in der Ukraine durch die Lieferung von Kriegsgüter und Waffen.

Zahlreiche Bundestagsabgeordnete der Alternative für Deutschland kamen zu den Kundgebungen – als Teilnehmer und auch als Gastredner – darunter Martin Sichert, Beatrix von Storch, Martin Reichardt, Peter Boehringer, René Springer, Jörg Schneider, Mariana Harder-Kühnel und Rainer Kraft. Aus dem Landtag Sachsen-Anhalt sprachen Oliver Kirchner, Hannes Loth und Ulrich Siegmund zu den Demoteilnehmern, und aus anderen Landtagen in Deutschland kamen Christoph Berndt (Brandenburg) und Joachim Paul (Rheinland-Pfalz) angereist, um Ihre Unterstützung zu zeigen. Mit dabei waren natürlich

jedes Mal auch die Bitterfeld-Wolfener Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler MdB und Daniel Roi MdL.

Die größte Demonstration fand am 3. Oktober in Bitterfeld statt: 2.500 Teilnehmer stellten sich auf die Seite der Kreishandwerkerschaften Anhalt und des Halle-Saale-Kreises, die mit ihren offenen Briefen an Minister Habeck und Kanzler Scholz eindringlich für eine neutrale Haltung im Ukraine-Konflikt warben und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland stark

kritisierten. Auch wenn bisher nicht erreicht wurde, dass Deutschland die selbstzerstörerische Sanktionspolitik aufgibt, so wurde doch ein unüberhörbares Zeichen gesetzt, das dazu geführt hat, dass sich der Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen am 31. August 2022 mehrheitlich einer Resolution der AfD-Fraktion anschloss, die den Oberbürgermeister aufforderte, sich landes- und bundesweit gegen die Sanktionen auszusprechen. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen ist somit in ganz Sachsen-Anhalt die erste Stadt, in der das möglich war!



*Bürger jeden Alters kommen, um friedlich aber unübersehbar für Ihre Interessen zu demonstrieren.*

## ■ „Demokratie leben?“ – Eine Stadt kämpft gegen ihre Bürger

Nicht jeder sogenannte Demokrat teilt unsere Auffassung von Demokratie. Denn dass die von der AfD organisierten Bürgerproteste gegen die gegenwärtige Regierungspolitik den etablierten Politikbetrieb stören und daher vielen ein Dorn im Auge sind, liegt nahe. So beteiligt sich die Stadt seit 2015 am Programm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums und fördert seitdem mit einem jährlichen Budget von über 130.000 € die sogenannte „Partnerschaft für Demokratie“ (mit zwei Beschäftigten), die sich für „mehr Vielfalt“ und „gegen Menschenfeindlichkeit“ einsetzen.

Die geforderte Vielfalt geht allerdings nicht so weit, dass man sich pluralistische Meinungen wünscht und über Probleme und deren mögliche Lösungen offen diskutiert.

Nein, wünschenswert ist allein die Meinung, der etablierten Politik sei zu vertrauen und die gewählten Volksvertreter seien nicht zu kritisieren. So wurden beispielsweise in einem Online-Workshop der Stadt unter dem Titel „Was tun, wenn der Onkel schwurbelt?“ Handlungsempfehlungen gegeben, wie mit Leuten im eigenen Umfeld umzugehen ist, die die staatlichen Corona-Maßnahmen kritisieren.

Seit sich an unseren Spaziergängen und Kundgebungen immer mehr Bürger beteiligen, werden natürlich auch diese unter dem Mantel des „Demokratie leben!“-Projekts angegriffen, z.B. mit kostspieligen Plakataktionen oder dem Blenden von Teilnehmern durch eine „Lichtinstallation“, die laut Antwort auf eine Anfrage im Stadtrat

sage und schreibe 4.000 € Kosten verursacht hat. Die AfD-Fraktion hat daher im Stadtrat einen umfangreichen Fragenkatalog eingebracht. Die Antworten auf unsere Fragen offenbarten, für welche unsinnigen Aktionen Steuergeld verschwendet wurde und wer genau dieses Geld in die Hände bekommt. Diese Informationen wurden dem Stadtrat bislang vorenthalten.

Kay-Uwe Ziegler sagt: „Wir brauchen Aufklärung über die Projektfinanzierungen. Es kann nicht sein, dass die Stadt jedes Jahr eine sechsstelligen Summe bereitstellt und keinen Überblick über deren Verwendung hat. Das Agitieren gegen eine bestimmte Partei verstößt gegen geltende Regularien, u.a. gegen die Bundeshaushaltsordnung sowie gegen das Neutralitätsgebot.“

## ■ **Wir sind bereit! Die AfD vor der Bürgermeisterwahl**

Am 24. September 2023 werden Sie, die Bürger von Bitterfeld-Wolfen, einen neuen Oberbürgermeister wählen. In einer Zeit, in der das ganze Land von grünen und roten Weltverbessernern umgekrempt werden soll, ist das keine Kleinigkeit.

Bereits seit 2015 erleben wir, dass jeden Monat tausende von Asylsuchende aus zum Teil völlig kulturfremden Regionen der Welt in unser Land strömen – insgesamt bis heute gut zwei Millionen – die in den Kommunen untergebracht und versorgt werden sollen. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld sind das ungefähr 4.000 Menschen vor allem aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und aus der Ukraine – etwa 40% davon (also ca. 1.600) leben in Bitterfeld-Wolfen.

Die Verteuerung von jeder Art Energie treibt Unternehmen in finanzielle und existenzielle Nöte und lässt die Preise für die Verbraucher steigen. Diese wiederum leiden bereits selbst an den erhöhten Energiekosten und tragen die Preissteigerungen noch mit. Höhere Löhne sind kaum durchzusetzen wegen der gestiegenen Kosten für die Unternehmen: Ein Teufelskreis, der mehr und mehr in Inflation und Verarmung führt.

Die Pläne der Ampel und Wirtschaftszerstörungsminister Habeck zur Umrüstung von allen Gas- und Ölheizungen auf den Stromfresser Wärmepumpe tragen ihr übriges zur Unsicherheit und Zukunftsangst der Bürger bei: Viele Häuser werden wertlos, wenn diese Pläne zu Gesetzen werden.

Dazu kommt das geplante Verbrenner-Aus. Die Bürger sollen sich – wenn überhaupt – nur noch elektrisch fortbewegen. Und das obwohl heute noch niemand sagen kann, woher der viele Strom kommen soll, denn Deutschland hat sich ja von der sicheren und günstigen Kernenergie verabschiedet. Die Gewinne aus der Kernkraft (zum großen Teil mit deutscher Technologie) machen jetzt Konzerne im Ausland, die uns vielleicht etwas Strom verkaufen, wenn am Abend der Wind gerade nicht weht.

Dazu sind durch Corona-Maßnahmen mehrere Jahre Freiheitseinschränkungen gekommen, die nun eigentlich aufgeholt und ausgeglichen werden müssten – unmöglich in der jetzigen politischen Situation!

Keine guten Aussichten für ein Land, das überall noch seine Vergangenheit rechtfertigen soll, sich aber ohne Grund an militärischen Auseinandersetzungen in aller Welt beteiligt. Und keine guten Aussichten für eine Stadt, wenn Kommunalpolitiker die Regierungspolitik wegen ihrer Parteizugehörigkeit nicht kritisieren dürfen und darüber hinaus noch zweifelhafte Entscheidungen treffen wegen persönlicher Abhängigkeiten und Verfilzungen.

### **Was können wir tun?**

Die Alternative für Deutschland hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 einen beispiellosen Werdegang hingelegt. In nahezu allen Landesparlamenten und im Bundes-

tag kämpfen unsere Mitglieder bereits in zweiter Legislatur für den Wiedereinzug der praktischen Vernunft in die Politik – gegen den erbitterten Widerstand der etablierten Politik. Und auch in den kommunalen Parlamenten sind wir inzwischen fast überall vertreten – mit einigem Erfolg, wie Sie am Beispiel Bitterfeld-Wolfen sehen.

Die Bedeutung einer Alternative zur aktuellen Regierungspolitik auf allen Ebenen ist nicht zu unterschätzen: Es ist von enormer Dringlichkeit, dass die Mandatsträger aller AfD-Fraktionen, also von Gemeinde- und Stadträten, von Kreistagen, dem Landtag und dem Bundestag, gut zusammenarbeiten, sich austauschen und ergänzen. Nur so lässt sich – mit Ihrer Unterstützung und durch Ihre Hilfe – eine Politik durchsetzen, die die Interessen unseres Volkes endlich wieder in den Mittelpunkt stellt.

Der Stadtverband Bitterfeld-Wolfen hat daher am 7. Mai 2023 in einer Aufstellungsversammlung einstimmig den Kriminalhauptmeister a.D. Henning Dornack zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl aufgestellt.

Was die Wahl von Henning Dornack zum Oberbürgermeister für die Stadt bedeuten würde, welche Erfahrung und Qualifikationen er für das Amt mitbringt und welche Gestaltungsspielräume er für Bitterfeld-Wolfen sieht, haben wir ihn selbst gefragt. Lesen Sie dazu bitte das folgende Interview.

## ■ **Henning Dornack, Ihr OB-Kandidat im Interview: Die Perspektive für Bitterfeld-Wolfen**

**StadtKurier:** Herr Dornack, zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Aufstellung zum OB-Kandidaten! Was ist das für ein Gefühl?

**Dornack:** Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir die Mitglieder meines Stadtverbandes mit der Wahl entgegengebracht haben. Trotzdem weiß ich natürlich, was auf mich zukommt. Wahlkämpfe

sind sehr kräftezehrend und nicht immer sind die politischen Mitbewerber Vorbilder an Fairness. Aber die eigentliche Herausforderung geht ja erst los, wenn die Mehrheit der Bürger mir bei der Wahl Ihr Vertrauen schenkt. In Bitterfeld-Wolfen ist in der Vergangenheit viel versäumt worden, das jetzt zwingend aufgearbeitet und nachgeholt werden muss. Dazu kommen die vielen Aufgaben, die sich aus einer katastrophalen

Landes- und Bundespolitik ergeben. Wir haben schwierige Jahre vor uns.

**StadtKurier:** Von welchen Versäumnissen sprechen Sie?

**Dornack:** Das größte Problem ist sicherlich, dass Bitterfeld-Wolfen einen Investitionsstau von 450 Millionen Euro vor sich herschiebt. Wichtige Investitionen müssen

endlich umgesetzt werden. Beispielsweise redet der Amtsinhaber seit 2017 davon, den Innenstadtring im Ortsteil Bitterfeld zu sanieren – passiert ist bislang nichts. Ein weiteres Beispiel ist die Fuhneau: „Wolfens grünes Zentrum“ muss endlich wiederbelebt werden als Naherholungsgebiet, das für Bürger und Touristen mit Veranstaltungen, Konzerten und Messen gleichermaßen anziehend sein könnte. Auch die Situation der Schulen verlangt seit langem eine Verbesserung: Mir ist bekannt, dass unseren Grundschulkindern teilweise nur 85 % des Lehrstoffes vermittelt werden kann, weil Lehrer und Ausstattung fehlen. Diese eklatanten Bildungslücken müssen unsere Kinder später ausbaden – dafür habe ich absolut kein Verständnis.

**StadtKurier:** Aber sind das nicht alle Probleme, die auf eine knappe Kasse zurückzuführen sind? Sprich: Fehlt dafür nicht schlicht das Geld?

**Dornack:** Nicht nur. Vieles liegt auch an einer unzureichenden Amtsführung des Oberbürgermeisters. Die Mitarbeiter der Verwaltung klagen über ein sehr schlechtes Arbeitsklima, man hat das Gefühl, der Oberbürgermeister spielt die Mitarbeiter sogar teilweise gegen den Stadtrat aus. Entscheidungen sind intransparent, ein Vertrauensverhältnis existiert kaum noch. Die Abteilung Stadtentwicklung und Bauleitplanung ist seit langem dramatisch unterbesetzt, die Motivation geht gegen Null.

Das führt dazu, dass Fördermittel verfallen und anderen Ideen zur Finanzierung kein Gehör geschenkt wird. Ich könnte mir etwa vorstellen, dass man die Unternehmen, die zwar die Bitterfeld-Wolfener Infrastruktur nutzen, hier aber keine Steuern entrichten, weil sie ihren Hauptsitz nicht in unserer Stadt haben, über einen Infrastrukturfonds finanziell für die Stadtentwicklung mit in die Pflicht nimmt. Außerdem muss es eine Willkommenskultur für Firmen-Neugründungen geben. An den Rahmenbedingungen dafür werde ich arbeiten und Gründer davon überzeugen, dass es gut ist, in den Standort Bitterfeld-Wolfen zu investieren.

**StadtKurier:** Die Umstände des „Goitzsche-Verkaufs“ im Jahr 2013 werden gerade durch eine Arbeitsgruppe des Stadtrates untersucht. Wie würden Sie als Oberbürgermeister mit dieser Thematik umgehen?

**Dornack:** Die Umstände des Verkaufs sind bis heute intransparent. Die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe deuten darauf hin, dass unserer Stadt ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstanden sein könnte. Die Verantwortlichen, auch Oberbürgermeister Schenk, hinterlassen den Eindruck, nicht zur Aufklärung beitragen zu wollen. Ich sehe hier – im Interesse unserer Bürger – dass es dringenden Klärungsbedarf gibt. Als Oberbürgermeister würde ich daran intensiv arbeiten.

Nicht zuletzt muss unbedingt geprüft werden, ob der Verkauf der Goitzsche weit unter Wert an einen privaten Investor ganz oder teilweise rückabgewickelt werden kann, damit unsere Stadt das Areal selbst zu einem touristischen Highlight entwickeln kann.

Sollten sich Verantwortliche dabei in der Vergangenheit strafbar gemacht haben, etwa durch Amtsmissbrauch oder Vorteilsnahme, sehe ich mich als Oberbürgermeister auch in der Pflicht, Strafanzeige zu erstatten.

**StadtKurier:** Als Bürgermeister haben Sie Verantwortung auf kommunaler Ebene, das heißt aber auch, viele Probleme, mit denen die Stadt zu kämpfen hat, haben ihren Ursprung gar nicht hier – Stichworte: Energiekrise, Klimaschutz, Unterbringung von Asylbewerbern. Was nutzt ein AfD-Bürgermeister, wenn die Ursachen der Probleme nicht in der Stadt liegen?

**Dornack:** Die AfD hat zu den oben genannten Herausforderungen vollkommen andere Lösungsansätze als die Altparteien, das ist richtig. Und richtig ist auch, dass die Kommunen bewältigen sollen, was „oben“ entschieden wurde.

Ich glaube, dass viele andere Bürgermeister und Landräte im Moment noch nicht den Mut dazu haben, sich der Forderung nach einem Stopp der gegenwärtigen Politik anzuschließen.

Ich habe kein Problem damit, anzuecken und voranzugehen.

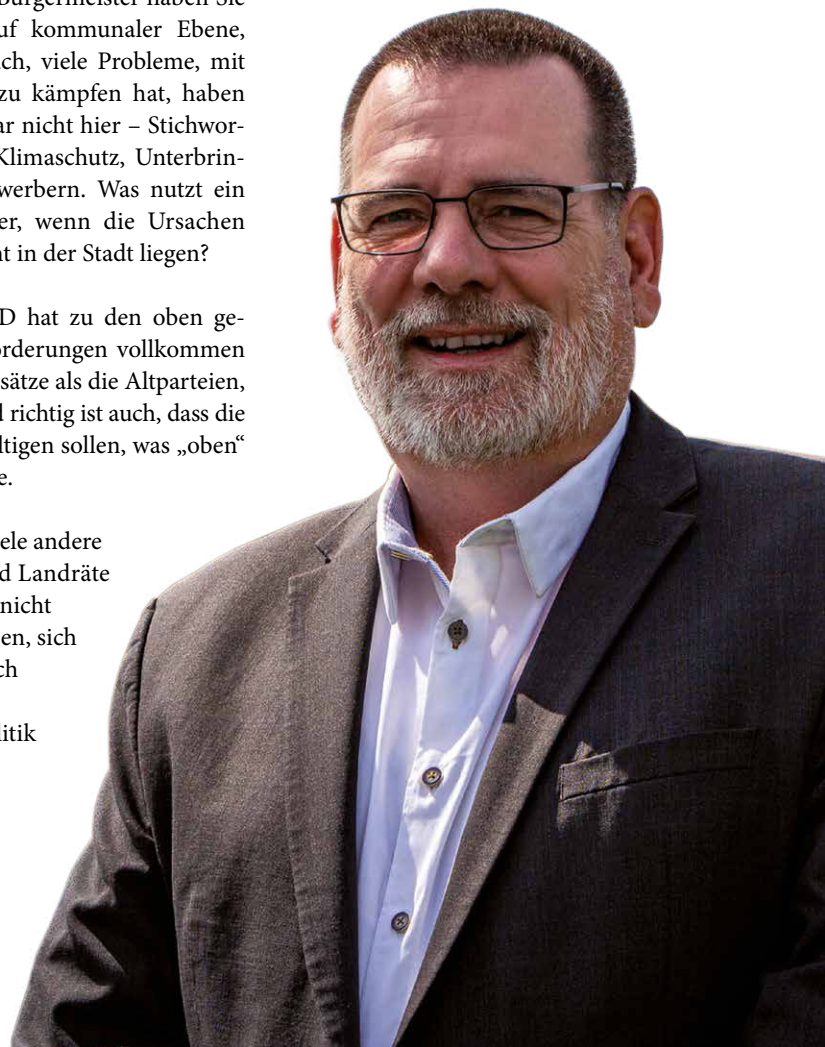
Davon abgesehen gibt es auch in Land und Bund die immer stärker werdende Stimme der AfD. Die Zusammenarbeit mit unseren Landes- und Bundespolitikern wird dazu beitragen, dass wir Stück für Stück wieder zu vernünftiger Politik zurückkehren.

**StadtKurier:** Politik sollte immer auch das Voraussehen auf die Zeit nach der eigenen Amtszeit sein. Wie sieht Bitterfeld-Wolfen für Sie im Jahr 2050 aus?

**Dornack:** In gut 25 Jahren wird Bitterfeld-Wolfen einen erheblichen Zuwachs an Einwohnern verzeichnen, von Menschen die eine attraktive kleine Stadt am See mit all Ihren Freizeitangeboten zu schätzen wissen. Familien mit Kindern werden unsere Stadt zu Ihrem Lebensmittelpunkt machen. Sie werden entweder hier vor Ort arbeiten oder in Leipzig, Halle oder Berlin ihrem Beruf nachgehen.

Die Bürger von Bitterfeld-Wolfen werden endlich wieder stolz auf ihre Stadt sein können.

**StadtKurier:** Vielen Dank.



## ■ **Bitterfelder Frauenklinik: Wann öffnet die Geburtenstation?**

Wegen Corona wurde die Bitterfelder Frauenklinik im März 2020 geschlossen. Am 22. April desselben Jahres beschloss der Aufsichtsrat unter dem Vorsitzenden Uwe Schulze (CDU) die dauerhafte Schließung der Klinik, was der Kreistag in einer der darauffolgenden Sitzungen einfach absegnen sollte.

Die 11-köpfige AfD-Fraktion im Kreistag Anhalt-Bitterfeld wollte das nicht hinnehmen und organisierte daraufhin einen erfolgreichen Protest der Bürger: Hunderte protestierten mehrmals im Sommer 2020 gegen die dauerhafte Schließung und forderten die Wiedereröffnung auch in einer Petition, die mit 2.225 Unterschriften schließlich an den Landrat übergeben werden konnte. Gleichzeitig brachte die Landtagsfraktion der AfD das Thema auch auf die nächsthöhere Ebene, indem

sie mehrere Anträge im Landtag stellte, um sicherzustellen, dass die medizinische Versorgung im Land Sachsen-Anhalt gewährleistet wird und die Frauenkliniken landesweit die benötigten Mittel erhalten.

Im September 2020 wurde im Kreistag dann schließlich die Rettung der Frauenklinik beschlossen und zugleich erreicht, dass der Landkreis über 3 Millionen Euro zur Verfügung stellt für die Wiedereröffnung. Seit 1. April 2022 ist die Frauenklinik nun wieder in Betrieb, wobei es sich die Verantwortlichen nicht nehmen ließen, darauf hinzuweisen, welche „große Bedeutung“ eine „wohnortnahe Versorgung“ in Gynäkologie und Geburtshilfe habe. Dabei steht die Wiedereröffnung der Geburtenstation entgegen aller Zusagen weiterhin aus. Der anvisierte Termin 1. Juli 2023 sei nicht zu halten, heißt es derweil.



Dass sich der bisherige Kampf der AfD zusammen mit den Bürgern gelohnt hat, ist unbestritten. Die Fraktion der AfD im Kreistag und alle ihre Unterstützer werden aber so lange weiterkämpfen, bis wieder Kinder in unserer Stadt geboren werden!

## ■ **Hilfe für die Feuerwehr und ein Benefizkonzert für Tiere in Not**

Die Mitarbeiter im Bitterfelder Tierheim sind nicht erst seit dem Ende der Corona-Maßnahmen überlastet, als für manchen Tierbesitzer das Haustier, das im Lockdown noch für etwas Abwechslung sorgen sollte, zur Belastung und daher kurzerhand abgegeben oder ausgesetzt wurde. Dazu kommt, dass das Tierheim mit einer ständigen Unterfinanzierung zu kämpfen hat, die sich durch Mindestlohn, gestiegene Energiepreise und höhere Kosten für Futtermittel und Tiermedizin noch verschärft. Seit Jahren setzt sich wenigstens die AfD-Fraktion im Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen dafür ein, dass die Zahlungen der Stadt an das Tierheim erhöht werden, damit die Mitarbeiter sich weiterhin um die Fundtiere im Stadtgebiet kümmern können. Das ist nämlich eine städtische Pflichtaufgabe, also hat die Stadt auch für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.

Da die bewilligten Mittel aber vorne und hinten nicht reichen, ist das Tierheim auch

auf Spenden angewiesen, die von vielen Bürgern, manchen Firmen und auch von den Stadträten der AfD-Fraktion gegeben werden. Letztere spendeten im April 2021 sämtliche Sitzungsgelder an das Tierheim.

Am 10. Februar 2023 unterstützten unsere Stadträte zusätzlich ein Benefizkonzert im Bahnhof Wolfen, bei dem über 4.300 € zusammenkamen. Zu danken ist hierfür den Musikern aus der Region, die sich daran ohne Gage beteiligt haben.

Für Daniel Roi und Kay-Uwe Ziegler ist darüber hinaus die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr sehr unterstützenswert. Um bereit zu sein, jederzeit Leben retten zu können, ist neben einer anständigen Ausrüstung die Förderung von Nachwuchskräften essenziell. Deshalb folgten die beiden Abgeordneten der AfD im April 2023 der Aufforderung des Stadtjugendwartes für die Feuerwehren und gaben für die Jugendförderung eine Spende von insgesamt 500 €.

## ■ **So nicht, CDU!**

Mit 35 Ja-Stimmen (gegen 2-Nein-Stimmen) nahm der Stadtrat im März 2023 einen Antrag der AfD-Fraktion zu einer fragwürdigen Praxis parteipolitischer Propaganda der CDU Bitterfeld-Wolfen in Kindergärten an. Die parteipolitische Instrumentalisierung von Kindern in den Kitas der Stadt durch die CDU wurde damit fast einstimmig missbilligt.

Hintergrund ist, dass die CDU Bitterfeld-Wolfen in der Vorweihnachtszeit 2022 Geschenke mit Bedruckung ihres Stadtverbandes und Plätzchen mit Parteilogo an die Kinder übergeben hatte. Zudem wurden Fotos mit Kindern und den überreichten Geschenken über soziale Medien verbreitet. Dies führte zu zahlreichen Beschwerden von Eltern bei Mitgliedern des Stadtrates, womit deutlich wurde, dass eine solche Parteiwerbung an Kindertageseinrichtungen auf breite Ablehnung stößt. Die AfD sah hier Handlungsbedarf – und wie sich herausstellte die anderen Stadtratsfraktionen ebenso. Politische Instrumentalisierung von Kindern hat zu unterbleiben!

## ■ BQP – Aufarbeitung eines politischen Skandals



Naherholungsgebiet, Ausflugsziel, Veranstaltungsort: Der ehemalige Braunkohletagebau Goitzsche wurde aufwendig saniert und renaturiert, um als Touristenmagnet die Region attraktiv zu machen. Künftig macht sie womöglich vor allem die Taschen eines Privatinvestors voll.

Über 3.000 Aktenordner füllen die Vorgänge rund um den Verkauf der Goitzsche-Grundstücke, die seit September 2022 der Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Liquidation von BQP (Bitterfelder Qualifizierungs- und Projektierungsgesellschaft) und EBV (Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche) zur Verfügung stehen. Viel Arbeit für die fünf Stadträte der verschiedenen Fraktionen – unter anderem Kay-Uwe Ziegler (AfD) – die sich zum Ziel gesetzt haben, die Vorgänge der letzten 15 Jahre vor Auflösung der kommunalen Gesellschaften so aufzuarbeiten, dass für alle Bürger der Stadt und des Landkreises nachvollziehbar wird, warum die Grundstücke verkauft wurden, wer den Preis dafür festsetzte, wer davon profitierte und welche personellen Verstrickungen es gab und gibt. Hintergrund ist das immer wieder aufkeimende Unbehagen in der Bevölkerung, dass möglicherweise nicht nachvollziehbare Grundstücksgeschäfte rund um das beliebte Ausflugsareal zu Ungunsten der Stadt erfolgt sein könnten und dass viele in diesem Rahmen getroffene Ent-

scheidungen erhebliche negative Auswirkungen auf Stadt und Landkreis hatten – und noch heute haben. Die Arbeitsgruppe soll recherchieren, aufklären und nicht zuletzt die Verantwortlichen benennen.

### **Naherholung und Tourismus: Gut für die Region!**

Über 50 Jahre lang wurde zu DDR-Zeiten in der Goitzsche-Region Braunkohletagebau betrieben. Im Jahr 1991 wurde dieser Betrieb eingestellt und mit einer aufwendigen und erfolgreichen Renaturierung begonnen. Laut Presseberichten wurden seit dieser Zeit über 300 Millionen an Steuergeld investiert, um die gesamte Region bis 2006 zu einem beliebten Ausflugsziel und Naherholungsgebiet zu machen. Im Sommer 2005 wurde der See für Touristik und Wassersport freigegeben, so werden z.B. jährlich an der Halbinsel Pouch Motorbootmeisterschaften ausgerichtet. Das gleichzeitig stattfindende Goitzsche-Fest – ein großes Volksfest der Region – lockt seitdem jedes Jahr tausende Gäste.

Im Zuge der Entwicklung der Goitzsche-Region wurden mehrere kommunale Firmen-Gesellschaften gegründet: Unter anderem die oben genannte BQP bereits im Jahr 1991 und 2003 ihre Tochtergesellschaft EBV, an denen sowohl die Stadt Bitterfeld-Wolfen als auch der Landkreis Anhalt-Bitterfeld beteiligt waren. Große Teile des Areals wurden von der Bergbauverwaltungsgesellschaft an die EBV verkauft.

Ab Anfang 2013 wurden dann Gerüchte laut, wonach die Firmen nicht mehr überlebensfähig seien: Tatsächlich hat allein die Muttergesellschaft BQP von 2005 bis 2012 insgesamt einen Verlust von 3,3 Millionen Euro ausgewiesen – trotz Förderung durch Land und Stadt in Millionenhöhe.

### **Der Goitzsche-Verkauf war alles andere als „alternativlos“**

Im April 2013 beschlossen dann die Gesellschafter die Liquidation der Firmen. Als Liquidator wurde der Rechtsanwalt Veit Wolpert eingesetzt, ehemals FDP-Lan-



desvorsitzender, bestens vernetzt in Kreis- und Stadtpolitik und heute Vorsitzender des Kreistages Anhalt-Bitterfeld und des Gemeinderates Muldestausee.

Um Fehlbeträge der Firmengruppe auszugleichen, wurde beschlossen, das bis dahin im EBV-Besitz befindliche Areal als Ganzes an einen privaten Investor zu verkaufen. So wurden über 300 Hektar Ufer- und 1.000 Hektar Wasserfläche für sage und schreibe mickrige 2,88 Millionen Euro an die Blausee GmbH verkauft, eine Firma des verstorbenen ratiopharm-Gründers Merckle.

In diesem Zusammenhang steht die Frage im Raum, ob sich die Beteiligten einer Insolvenzverschleppung schuldig gemacht haben und ob es politische Konsequenzen geben kann wegen Veruntreuung. Tatsache ist, dass im Fall einer Insolvenz von BQP und EBV frühzeitig vom Gericht ein Insolvenzverwalter eingesetzt worden wäre und die Flächen öffentlich zur Versteigerung gekommen wären, was der Stadt möglicherweise ein Vielfaches des tatsächlich erzielten Verkaufspreises eingebracht hätte!

Alle Verantwortlichen hüllten sich lange in Schweigen. Dabei ist auffällig, dass beteiligte Politiker urplötzlich Grundstücke in Wassernähe ihr eigen nennen. Darunter auch der Kreistags- und Landtagsabgeordnete Lars-Jörn Zimmer (CDU) und der Geschäftsführer der EBV, Lutz Bernhardt (SPD). Dies lässt darauf schließen, dass sich der Spottpreis für einige direkt Beteiligte gelohnt hat. Handelt es sich hierbei eventuell um Vorteilsnahme zulasten der Steuerzahler?

### **Kay-Uwe Ziegler: „Bitterfeld-Wolfen könnte heute schuldenfrei sein.“**

Der Landkreis und die Stadt Bitterfeld-Wolfen sind hoch verschuldet und stehen mittlerweile mit fast 200 Millionen in der Kreide. Vor allem aus diesem Grund ist es von großem öffentlichem Interesse, wie die Verantwortlichen den Kaufpreis von unter einem Euro pro Quadratmeter Uferfläche rechtfertigen. Die über 1.000 Hektar See

sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Kay-Uwe Ziegler, Mitglied in der Arbeitsgruppe zur Aufklärung der Vorgänge um den Goitzsche-Verkauf, sagt: „Alles riecht nach Mauschelei und Filz zulasten der Steuerzahler und Bürger. Hätten die Grundstücke ihren normalen Marktwert erzielt, könnte Bitterfeld-Wolfen heute schuldenfrei sein.“

Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, die Offenlegung aller Geldflüsse und rechtliche sowie politische Konsequenzen! Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe des Stadtrates die Untersuchung durch eine unabhängige Anwaltskanzlei vorgeschlagen.

Außerdem haben wir, die AfD-Fraktion im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen, im Januar dieses Jahres fünf Fragen an den Oberbürgermeister gerichtet, die bisher leider ohne Antwort geblieben sind:

#### **„Antrag auf Unterrichtung des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen**

1. Welche vertraglichen Bedingungen, die seitens des Erwerbers einzulösen sind,

gibt es im Vertrag?

2. Welche Bedingungen sind erfüllt und welche nicht?
3. Welche Fristen zur Umsetzung der Bedingungen gibt es?
4. Welche weiteren wichtigen Fristen gibt es hinsichtlich des Goitzsche-Verkaufs?
5. Gibt es Rückkaufsrechte, die sich aus den Verträgen ergeben, und was genau beinhalten diese?“

Als Antwort auf diese Fragen, die sich jedem, der mit der Thematik etwas befasst ist, sofort stellen, bekamen wir bisher leider nur die Auskunft, dass die Beantwortung wegen der Vielzahl der Verträge schwierig sei und man erst noch alles lesen müsse. Allein das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Sollten sich unsere Vermutungen bestätigen und es hier zu kriminellen Machenschaften gekommen sein, fordern wir auch strafrechtliche Konsequenzen sowie die Prüfung, ob der Verkauf des Areals rückabgewickelt werden kann. Selbstverständlich werden wir Sie über die aktuellen Entwicklungen hier und an anderen Stellen auf dem Laufenden halten.



Wie konnten wertvolle Grundstücke, z. B. an der Uferpromenade, einigen Privatleuten deutlich unter Wert zufallen? Warum hüllten sich Verantwortliche und Profiteure gleichermaßen in Schweigen?

## Rubrik: Informationen aus Land und Bund

### Daniel Roi MdL: „Windräder sorgen für hohen Strompreis!“

Wann immer sich Katrin Göring-Eckardt im Fernsehen die Gelegenheit bietet, weist sie darauf hin, dass teurer Atomstrom die Netze verstopfe und erneuerbare Energien den Strom günstiger machen würden. Grund genug, mal einen Strompreis-Check durchzuführen. Dazu habe ich die Strompreise in den Hauptstädten aller 16 Bundesländer miteinander verglichen. Dabei kam heraus, dass Sachsen-Anhalt zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Strompreise im Deutschlandvergleich zahlt: satte 20 Cent pro KWh mehr als NRW, wo die Hälfte aller Kohlekraftwerke stehen. Und das, obwohl wir bei uns den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie produzieren, hauptsächlich durch Windkraftanlagen, die die Landschaft verunstalten.

Im Landtag stellte ich daher die Frage an Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU), was die Ursache sei für den enormen Un-

terschied des Strompreises hier im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen. Die Antwort war wortreich und nichtssagend.

Zwar redet die Politik viel über die Entlastung der Wirtschaft und speziell darüber, wie für das amerikanische Unternehmen Intel günstiger Strom organisiert werden kann, damit es in Sachsen-Anhalt ansiedelt. Aber was passiert, wenn die Deckelung des Strompreises auf derzeit 40 Cent pro KWh für 80 % des Verbrauchs im kommenden April für die Bürger wegfällt, darüber schweigt sich die Politik aus. Ebenso vermeidet speziell die CDU es tunlichst, den Grund zu nennen für den hohen Preis gerade in unserem Bundesland.

Dafür hat die MZ nach meiner Frage an den Minister das Thema aufgegriffen und einen Grund bestätigt, den wir schon vermutet haben: Es ist der hohe Anteil erneuerbarer Energien! Dass die Net-

zentgelte die Bürger Sachsen-Anhalts extrem belasten, hätte man politisch längst beheben können und ein faires System einführen können. 16 Jahre hat die CDU Verantwortung getragen und zuständig war sie in dem Bereich ebenfalls, nämlich mit Peter Altmaier als Minister für Wirtschaft und Energie. Es gibt also eine konkrete Ursache für unsere hohen Preise: Die fehlgeleitete Energiewende und die CDU! Da wundert es nicht, dass der Minister nicht antwortet.

AfD Sachsen-Anhalt wird aber darauf drängen, dass Strom künftig nicht nur für US-amerikanische Konzerne bezahlbar ist, sondern auch für die Bürger und somit für uns alle.

Ihr  
Daniel Roi



### Kay-Uwe Ziegler MdB: „Folgen der Corona-Politik sind vollkommen unabsehbar.“

Als im Wahlkreis 71 (Anhalt) direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages bin ich von meiner Fraktion zum Obmann im Gesundheitsausschuss bestellt worden. In dieser Funktion bemühe ich mich mit vier weiteren Kollegen um Aufklärung um alle Vorgänge rund um Corona, die vom Gesundheitsministerium abgeleiteten Maßnahmen, die Kosten und die Folgen für unser Land und die Bürger.

Tatsache ist: Was Sie, die Bürger, in den letzten Jahren durchmachen mussten – Ausgangssperren, Schulschließungen, Maskenpflicht, Impfwang in vielen Bereichen und weiteres – mit allen bekannten Folgen wie Betriebsaufgaben, Gesundheitsschäden, Bußgeldern und Impffolgen, hätten wir uns alle nicht einmal im Alptraum vorstellen können. Welche Folgen diese Eingriffe in unser Leben auch noch in der Zukunft haben werden, ist darüber hinaus kaum abzusehen.

#### **Die Corona-Maßnahmen haben das Land und die Menschen verändert**

Tatsache ist auch: Die AfD-Fraktion hat von Beginn an die Maßnahmen kritisiert, den Kauf von Masken und Impfstoff für die Bürger zu horrenden Preisen als vollkommen unverhältnismäßig bezeichnet und stets dafür geworben, zur echten, evidenzbasierten Medizin zurückzukehren. Aber das korrekte Erheben von Zahlen und Fakten wie etwa einer realistisch eingeschätzten Übersterblichkeit während der sogenannten Pandemie oder der Arbeitsausfälle wegen Impfnebenwirkungen war nie im Interesse der Bundesregierung und der Minister Spahn und Lauterbach. Inzwischen haben sich nahezu alle „Verschwörungstheorien“ bewahrheitet und die Verantwortlichen können sich nicht mit dem Satz „Das hätte ja keiner wissen können“ davonstellen.

Die ersten Prozesse gegen Impfstoffhersteller wegen dauerhafter Impfschäden laufen nun an, aber Schadenersatzansprüche werden wahrscheinlich dem Steuerzahler zur Last fallen. Denn die EU-Kommission und die Bundesregierung haben Biontech, Pfizer und Co. aus der Haftung genommen. Unglaublich, aber wahr.

Diese Vorgänge offenzulegen, die Verantwortlichen klar zu benennen und nach dem Abwenden der allgemeinen Covid-Impfpflicht im Bundestag auch die Angehörigen der Bundeswehr von der Impf-Verpflichtung zu befreien, ist weiterhin die Aufgabe von mir und meinen Kollegen im Gesundheitsausschuss.

Ihr  
Kay-Uwe Ziegler



## Ihre Stadtratsfraktion der AfD Bitterfeld-Wolfen

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bitterfeld-Wolfen, bereits am 26. Mai 2019 haben Sie uns mit 20,27% ein sehr starkes Mandat für Ihre Interessen gegeben. Seitdem arbei-

ten wir mit 8 Stimmen im Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen für eine sinnvolle Entwicklung, den Erhalt der Attraktivität des Standorts und für mehr politischen Realismus in schwierigen Zeiten. Und

das mit wachsendem Einfluss und einigem Erfolg! Wenn Sie ein Anliegen haben, bei dem wir Ihnen weiterhelfen können, zögern Sie deshalb bitte nicht, mit uns Kontakt aufzunehmen.



**Henning Dornack**

Fraktionsvorsitzender  
\*1962, Polizeibeamter  
Mitglied im Stadtentwicklungs-, Bau- und Vergabeausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss

✉ [henning.dornack@afd-biwo.de](mailto:henning.dornack@afd-biwo.de)



**Lothar Koppe**

\*1955, Facharzt für Chirurgie  
Mitglied im Ausschuss für Soziales

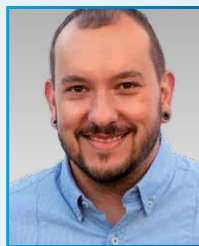
✉ [lothar.koppe@afd-biwo.de](mailto:lothar.koppe@afd-biwo.de)



**Daniel Roi**

Stellv. Fraktionsvorsitzender  
\*1987, Mitglied des Landtages  
Mitglied im Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen

✉ [daniel.roi@afd-biwo.de](mailto:daniel.roi@afd-biwo.de)



**Enrico Stammer**

\*1986, Mechatroniker  
Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

✉ [enrico.stammer@afd-biwo.de](mailto:enrico.stammer@afd-biwo.de)



**Kay-Uwe Ziegler**

Stellv. Fraktionsvorsitzender  
\*1963, Mitglied des Bundestages  
Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Wirtschafts- und Umweltausschuss

✉ [kay-uwe.ziegler@afd-biwo.de](mailto:kay-uwe.ziegler@afd-biwo.de)



**Margitta Gommlich**

\*1955, Industriekauffrau

✉ [margitta.gommlich@afd-biwo.de](mailto:margitta.gommlich@afd-biwo.de)



**Falko Wendt**

\*1968, Angestellter  
Mitglied im Betriebsausschuss des EB „Stadthof“

✉ [falko.wendt@afd-biwo.de](mailto:falko.wendt@afd-biwo.de)



**Jörg Lieder**

\*1962, Kraftfahrer

✉ [joerg.lieder@afd-biwo.de](mailto:joerg.lieder@afd-biwo.de)

Wir werden unterstützt von „Sachkundigen Bürgern“:



**Jochen Stammnitz**

\*1954, Diplomallehrer  
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport

✉ [jochen.stammnitz@afd-biwo.de](mailto:jochen.stammnitz@afd-biwo.de)



**Christian Riemann**

\*1983, Informatiker  
Mitglied im Ausschuss für Soziales

✉ [christian.riemann@afd-biwo.de](mailto:christian.riemann@afd-biwo.de)



**Marius Kühne**

\*1997, Zollbeamter  
Mitglied im Rechts- und im Rechnungsprüfungsausschuss

✉ [marius.kuehne@afd-biwo.de](mailto:marius.kuehne@afd-biwo.de)

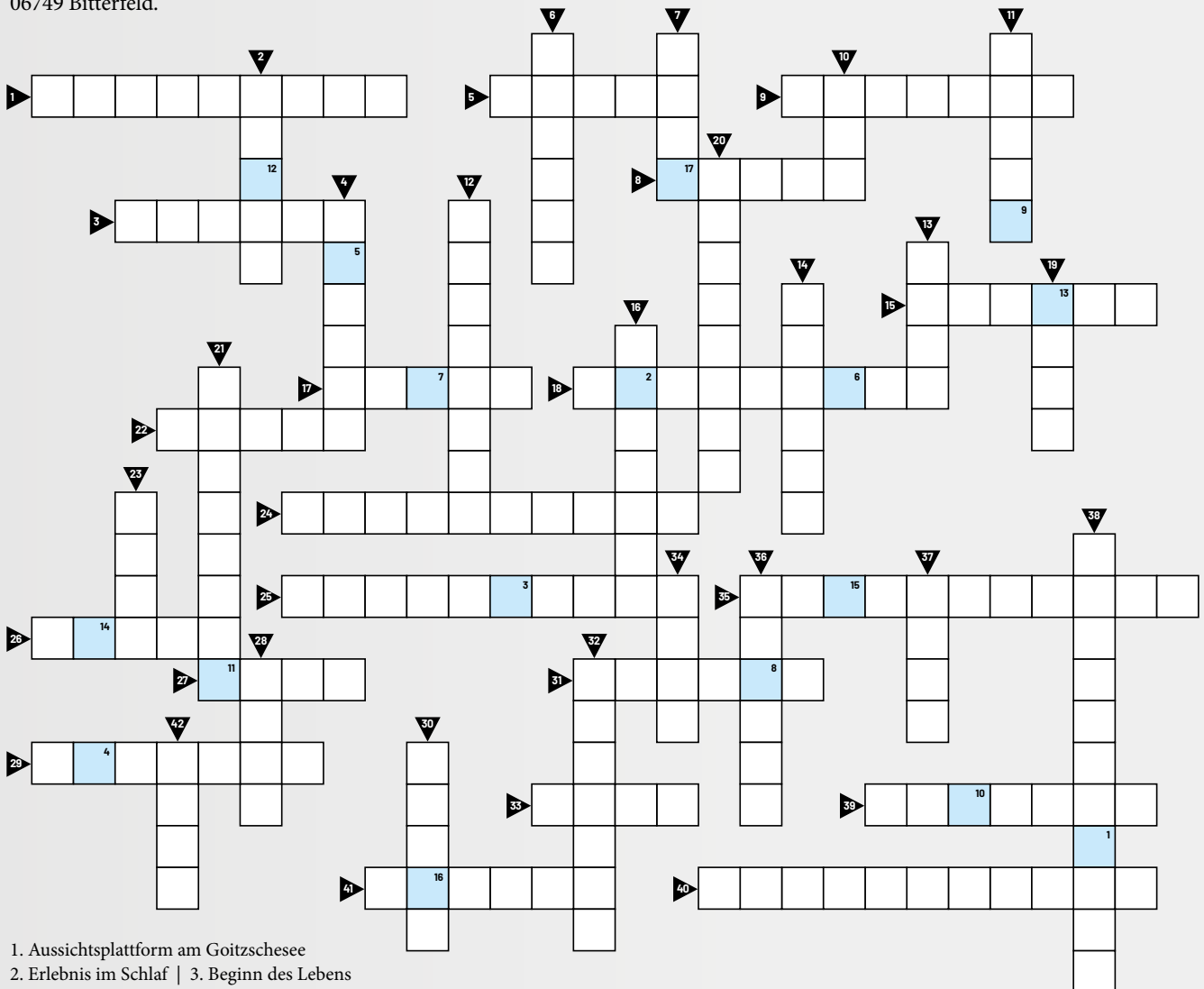
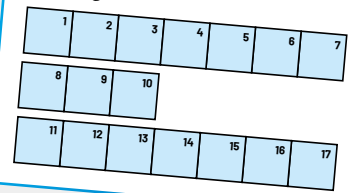
**Preisrätsel** Machen Sie mit und gewinnen Sie zwei von zehn Tageskarten für unser schönes Freizeitbad Woliday!

Schicken Sie das Lösungswort bis zum **02. September 2023** an die AfD-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld, Binnengärtenstraße 9 in 06749 Bitterfeld.

Die fünf Gewinner werden unter den Einsendern ausgelost. Mitglieder der AfD-Stadtratsfraktion sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Allen anderen wünschen wir viel Glück!

Lösung:



1. Aussichtsplattform am Goitzschesee
2. Erlebnis im Schlaf | 3. Beginn des Lebens
4. Mutig, furchtlos | 5. Stadtgraben in Bitterfeld-Wolfen | 6. Laborgefäß | 7. Zwölf Dutzend | 8. Zärtlich | 9. Freizeitbad in Wolfen
10. Häufig | 11. Saatgut | 12. Naherholungsgebiet in Wolfen | 13. Nachlass | 14. Säuerliche Apfelsorte | 15. Helfer in der Not
16. Weichspülerkonzentrat aus VEB-Chemiekombinat Bitterfeld | 17. Nachkömmling | 18. Naherholungsgebiet in Bitterfeld-Wolfen | 19. Nicht hoch
20. Sich einem Wettkampf stellen | 21. Größter Greifvogel | 22. Längenmaß | 23. Radmittelstück | 24. Sportart des Bitterfeld-Wolfener Erstligisten
25. Wahrzeichen von Bobbau | 26. Ladentisch | 27. Weinpflanze | 28. Männliches Schwein | 29. Unbestechlich | 30. Rabatt | 31. Sprache der alten Römer
32. Sage | 33. Farben in der Flagge von Bitterfeld-Wolfen: Blau und ... | 34. Hackfleisch | 35. Friedlicher Protestmarsch | 36. Nach oben führende Treppe
37. Verrückt | 38. Größte Sportstätte in Bitterfeld-Wolfen | 39. Wertvoll | 40. Südlichster Ortsteil von Bitterfeld-Wolfen | 41. Gute Eigenschaft | 42. Wahr, real

## Impressum und Kontakt

Alternativer Stadtkurier, Ausgabe 1 • Juni 2023

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Henning Dornack, Daniel Roi, Kay-Uwe Ziegler, Stadtverband der AfD (Alternative für Deutschland) Bitterfeld-Wolfen, Binnengärtenstraße 9, 06749 Bitterfeld

Auflage: 15.000 Stück

Bilder: iStockfoto: LeManna (Seite 7), Edda Dupree (Seite 8); alle anderen: AfD-Fraktion und privat

Folgen Sie uns auf Facebook →

✉ [abi@afd-isa.de](mailto:abi@afd-isa.de)  
☎ 03493 3397766



**AfD**

Stadtverband  
Bitterfeld-Wolfen